



Die Vorsitzende des  
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie  
der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-Mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 27.11.2025

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie  
am Dienstag, 2. Dezember 2025, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 04.11.2025
2. 25-F-02-0012

Stellplätze für Elektrofahrzeuge in Vorgärten

- Antrag der CDU-Fraktion vom 26.11.2025 -

Die Klimaziele der Bundesrepublik Deutschland setzen (in Etappen) klare Vorgaben zur Reduktion von Treibhausgasen. So sollen die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 65% gegenüber dem Referenzjahr 1990 gesenkt werden, um die Klimaziele zu erreichen. Gemäß Umweltbundesamt lag die bisherige Minderung im Jahr 2024 bei 48,2%, was das Erreichen des Ziels zu einer großen Herausforderung macht.

Einer der drei größten Bereiche in Bezug auf Treibhausgasemissionen ist der Verkehr. Hierbei hatte man sich deutliche Fortschritte durch eine zunehmende Elektrifizierung von Fahrzeugen erhofft. Trotz erheblicher Anstrengungen auf Bundesebene steigt der Anteil von Elektrofahrzeugen bislang nicht in dem Maße, wie ursprünglich erwartet. Neben dem Preis des jeweiligen Fahrzeugs stellt die nutzbare Ladeinfrastruktur einen relevanten Faktor für die Entscheidung für (oder gegen) ein E-Fahrzeug dar. Hier hat sich in den letzten Jahren zwar viel getan, vielen Menschen reicht das aber bislang noch nicht aus; sie wünschen sich häufig die Möglichkeit, am eigenen Haus Strom zu tanken - besonders dann, wenn sie auch selbst Strom erzeugen. Hier könnte auch auf kommunaler Ebene ein Ansatz liegen, um die Elektrifizierung des Individualverkehrs zu unterstützen.

Vor dem Hintergrund, dass die Stellplatzsatzung derzeit den Ortsbeiräten zur Überarbeitung vorliegt, ist es sinnvoll, die genannten Punkte frühzeitig in diesen Prozess einzubringen.

Der Ausschuss Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu prüfen, wie die Vorgartensatzung so angepasst werden kann, dass Stellplätze für Elektrofahrzeuge mit Wallbox künftig zulässig sind, insbesondere durch eine Ergänzung von § 2 Abs. 1 um die Möglichkeit der Errichtung eines Stellplatzes zur Installation einer Wallbox zu schaffen.
- 2) Vorschläge zu erarbeiten, wie
  - a) Fahrradstellplätze (überdacht oder teilüberdacht),
  - b) sichere Anschlussmöglichkeiten,
  - c) sowie Lademöglichkeiten für Elektrofahrräder als zulässige Ausnahmen in die Vorgartensatzung aufgenommen werden können.
- 3) der Stadtverordnetenversammlung gegebenenfalls einen rechtssicheren Formulierungsvorschlag vorzulegen.

### 3. 25-F-10-0022

Mitmachangebot für Asylbewerber und Transferleistungsempfänger - Bäume pflanzen

- Antrag der AfD-Fraktion vom 04.11.2025 -

Bäume zu pflanzen ist eine nachhaltige Maßnahme zum Schutz und zur Pflege der Umwelt und trägt zugleich zur Verschönerung des Stadtbildes bei. Durch die Einbindung von anerkannten Asylbewerbern und Bürgergeldempfängern kann diese Arbeit effizient und kostenschonend umgesetzt werden.

Beide Personengruppen profitieren von einer sinnvollen Tätigkeit, die soziale Teilhabe ermöglicht und Verantwortung vermittelt. Die Stadt erhält im Gegenzug einen direkten Mehrwert für die Gemeinschaft.

Darüber hinaus entsteht durch die Pflanzung eine symbolische Verbindung: Wenn anerkannte Asylbewerber eines Tages nach Wegfall der Fluchtursachen in ihre Heimat zurückkehren, bleibt der von ihnen gepflanzte Baum als sichtbares Zeichen ihres Aufenthaltes und ihres Beitrags für die Stadt Wiesbaden bestehen.

So verbindet das Projekt praktischen Umweltschutz mit sozialer Verantwortung - ein Gewinn für alle Seiten.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge beschließen,

die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,

der Magistrat wird beauftragt,

ein Programm zur Pflanzung von Bäumen auf städtischen Flächen aufzulegen. In diese Pflanzaktionen sollen anerkannte Asylbewerber und sonstige Transferleistungsempfänger eingebunden werden. Hierzu soll ihnen eine entsprechende Arbeitsgelegenheit angeboten werden. Ziel ist es, einen sichtbaren Beitrag zum Umweltschutz zu leisten und gleichzeitig die gesellschaftliche Verantwortung der Beteiligten zu stärken.

#### 4. 25-F-63-0090

Teilnahme am bundesweiten Städtewettbewerb "Abpflastern"

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 25.11.2025 -

Im Zuge des fortschreitenden Klimawandels steht auch Wiesbaden vor der Herausforderung, die Stadt für die Bevölkerung lebenswert zu machen. Hier spielt insbesondere der Schutz vor Hitze eine immer größere Rolle. Wiesbaden ist nach dem Hitze-Check der Deutschen Umwelthilfe (DUH) stark betroffen. Mit einem Versiegelungsgrad von rund 45 % und einem geringen Grünvolumen erhielt die Stadt in der Studie eine „gelbe Karte“.¹ Diese Versiegelung trägt zu hitzebedingten Gesundheitsrisiken bei, insbesondere in dicht bebauten Quartieren.²

Ein erprobtes und international erfolgreiches Instrument zur Entsiegelung ist der niederländische Wettbewerb „Tegelwippen“. Seit 2020 wurden dort über 10 Millionen Steine entfernt - durch private Haushalte, Vereine und Kommunen.

Für Deutschland wird dieses Konzept unter dem Titel „Lass die Steine hüpfen - Abpflastern“ umgesetzt, initiiert durch die Hochschule für Gesellschaftsgestaltung Koblenz.³ Der bundesweite Wettbewerb startete Anfang 2025 in einer Pilotphase und soll ab 2026 regulär jährlich durchgeführt werden.

Frankfurt ist die Gewinnerin unter den deutschen Städten mit mehr als 100.000 Einwohner:innen beim "Abpflastern"-Wettbewerb 2025. Insgesamt wurden 91 025 Steine vom Frankfurter Boden entfernt. Das entspricht 117 Stück pro 1000 Bürger:innen.⁴

Die Teilnahme Wiesbadens am Wettbewerb bietet die Chance kreativ und öffentlichkeitswirksam die Entsiegelung und Begrünung voranzutreiben. "Abpflastern" kombiniert Klimaanpassung, Bürgerbeteiligung und Öffentlichkeitsarbeit zu einem wirksamen niederschweligen Format. Der Austausch zwischen den teilnehmenden Kommunen kann dazu beitragen, erfolgreiche Ansätze zu übernehmen.

---

¹ [Hitze-Check\\_Staedte-Bundeslaender\\_Hessen.pdf](#)

² [Zweiter Hitze-Check der Deutschen Umwelthilfe: Mehr als 12 Millionen Menschen in deutschen Städten von extremer Hitze betroffen - Deutsche Umwelthilfe e.V.](#)

³ [abpflastern - abpflastern](#)

⁴ [Frankfurt ist Deutscher Meister beim „Abpflastern“](#)

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

der Magistrat wird gebeten,

1. die Wiesbadener Ortsbeiräte um konkrete Flächenvorschläge für eine Entsiegelung / "Abpflasterung" zu bitten und die eingegangenen Vorschläge fachlich/finanziell auf Umsetzbarkeit zu prüfen.
2. zu prüfen, ob auf dieser Basis die Teilnahme der Stadt Wiesbaden am geplanten bundesweiten Städtewettbewerb "Abpflastern" umsetzbar wäre.
3. bei positiver Prüfung die Teilnahme der Stadt Wiesbaden am Wettbewerb 2026 oder ggf. 2027 in die Wege zu leiten.
4. im Falle einer Teilnahme zu prüfen und zu berichten, wie sich die Stadt Wiesbaden am bundesweiten Städtewettbewerb einbringen kann, insbesondere durch Umgestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum und darüber hinaus auch private Grundstückseigentümer\*innen, Firmen und Vereine öffentlichkeitswirksam dazu aufzurufen, sich am Wettbewerb zu beteiligen.

**5. 25-F-16-0008**

**ANLAGE**

Rauchfreies Wiesbaden

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/Wardak vom 20.08.2025 -
- Beschluss Nr. 78 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 26.08.2025 -

**6. 25-F-63-0036**

**ANLAGE**

Rücksichtnahme fördern: Aufklärung und Schutz vor Passivrauchen an Bushaltestellen

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 04.06.2025 -
- Beschluss Nr. 170 der Stadtverordnetenversammlung vom 03.07.2025 -
- Bericht des Dezernates V vom 25.10.2025 -

**7. 24-F-63-0121**

**ANLAGE**

KARL-Novelle: Vierte Reinigungsstufe für Wiesbadens Hauptklärwerk

- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, Die Linke und Volt vom 27.11.2024 -
- Beschluss Nr. 95 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 03.12.2024 -

**8. Verschiedenes**

**Tagesordnung II**

**1. 25-V-36-0028**

Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie

*- Die Unterlagen werden nachgereicht -*

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 02.12.2025 -*

**2. 25-V-61-0015**

**DL 28/25-10**

Neuaufstellung des Regionalplans Südhessen - Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden

**3. 25-V-61-0032**

**DL 28/25-11**

Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan der Innenentwicklung nach § 13a Baugesetzbuch (BauGB) "Quartier am Bürgerhaus" im Ortsbezirk Mainz-Kostheim -Satzungsbeschluss-

**4. 25-V-61-0034**

**DL 27/25-7**

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Ostfeld - Bericht zum Stand der Maßnahme einschließlich aktualisierter Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi) 2025

**5. 25-V-61-0038**

**DL 28/25-12**

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Schulcampus Bierstadt-Nord" im Ortsbezirk Bierstadt -Feststellungsbeschluss-

**6. 25-V-61-0039**

**DL 28/25-13**

Bebauungsplan "Schulcampus Bierstadt-Nord" im Ortsbezirk Bierstadt - Satzungsbeschluss

**7. 25-V-67-0003**

**DL 28/25-17**

Grünzug Komponistenviertel - Neugestaltung Quartiersplatz

**8. 25-V-67-0005**

**DL 28/25-18**

Änderung der Ortssatzung über die Benutzung der Feld- und Waldwege der Landeshauptstadt Wiesbaden (Feldwegesatzung)

9. 25-V-67-0010

DL 28/25-19

Umgestaltung Wallufer Platz - Ausführungsvorlage

10. 25-V-67-0012

Neufassung des Generalpachtvertrages für das Kleingartenland

*- Die Unterlagen werden nachgereicht -*

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 02.12.2025 -*

11. 25-V-70-0008

DL 28/25-20

Anpassung der Straßenreinigungsgebühren für die Kalkulationsperiode 2026, Änderung der Straßenreinigungssatzung

**Tagesordnung III - Nicht öffentliche Vorlagen -**

1. 25-V-36-0026

DL 27/25-3 NÖ

Niederschrift über die 38. nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 25. September 2025

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dorothee Andes-Müller  
Vorsitzende